

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Druckort: Tagesblatt Riesa.
Heft Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Reichen.

Postkassens: Dresden 143.
Stroßasse Riesa Nr. 52.

Nr. 286.

Donnerstag, 10. Dezember 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Interesses von Produktionsverrechnungen, Erhöhungen der Lohns und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reflammele 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Fußnoten, feste Tarife, Bemerkungen Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Verleger-Einrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gochstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Titzsch, Riesa.

Deutscher Reichstag.

Abg. Berlin, den 9. Dezember 1925.

Am Regierungstisch: Ernährungsminister Graf Ranig.
Präsident Voegelé eröffnet die Sitzung um 2,20 Uhr.
Der Vorschlag zur

Senkung der Lohnsteuer

wird dem Eisenrathen überwiegen.
Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abgeordneter Rödel (Komm.) sofortige Besprechung der Frage der Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung. Im Rheinland, Westfalen und Ostpreußen sei in den letzten Wochen die Zahl der Erwerbslosen um 40 Prozent gestiegen. Trotzdem komme der Sozialpolitische Ausschuss zu keinem Entschluß, da die Regierungsvorrede immer wieder darauf hinweist, daß eine Regierung, die noch finanziell bedeutsame Beschlüsse fassen könne, gegenwärtig nicht vorhanden sei.

Abg. Kuhlmann (Soz.) weist darauf hin, daß die Entscheidung über diese Fragen am Donnerstag im Ausschuss fallen werde. Heute sei eine Debatte daher unmöglich. Der Redner wolle den Kommunisten vor, daß sie den Erwerbslosen nicht helfen, sondern ihnen nur eine Komödie vorführen wollen. (Großer Lärm bei den Komm.)

Abg. Eber (Centr.) weist den kommunistischen Vorwurf zurück, als ob die anderen Parteien die Erledigung der Erwerbslosenfrage sabotiert hätten. Alle Parteien seien darin einig gewesen, daß es sich um eine dringliche Angelegenheit gehandelt habe, die bald zur Lösung gebracht werden müsse. Zunächst müsse der Ausschuss entscheiden, dann werde das Haus auch für sofortige Erledigung der Sache sorgen. (Weil.) Da gegen die sofortige Behandlung der Frage Widerspruch erhoben wird, ist die Angelegenheit vorläufig erledigt.

Dritte Lesung des Reichshaushaltsplans beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Abg. Schmidt-Cöpenick (Soz.) erklärt, die Sozialdemokratie sei durchaus nicht landwirtschaftsfeindlich. Es sei ein Unfug, wenn behauptet werde, die Sozialdemokratie wolle, daß Deutschland den Ackerbau aufgebe. Der Redner fordert Mittel für die Ausbildung von landwirtschaftlichen Arbeitnehmern und deren Einführung in das Wesen der Landwirtschaft. Er tritt weiter für ein Reichsministerium ein. Der Redner lehnt die Fortführung der Reichsgetreidepreise um 1 Jahr ab, weil man auf diesem Wege nur eine Erhöhung der Getreidepreise erreichen wolle.

Reichsernährungsminister Graf Ranig

stellt fest, daß die Landwirtschaft in den letzten beiden Jahren ohne wesentlichen Gewinn gearbeitet hat. Sie müßte große Kredite aufnehmen und befindet sich in schwerer Notlage. Die gegenwärtige Agrarkrise ist aber nur ein Teilgebiet der allgemeinen Abwärtsentwicklung der Wirtschaft, die sich nicht nur auf Deutschland beschränkt. Wir werden dieser Krise nicht dadurch Herr werden, daß wir bei einem Erwerbszweig allein anfangen. Dazu sind die einzelnen Zweige der Wirtschaft zu eng miteinander verknüpft, die Inanspruchnahme der Landwirtschaft ist heute wesentlich größer als in der Vorkriegszeit. Für die Rückzahlung der Kredite sind Erleichterungen erteilt worden, die aber noch nicht ausreichen. Es muß erreicht werden, die landwirtschaftlichen Verpflichtungen, die bis zum Frühjahr nicht in Realkredit überführt werden können, bis nach der Ernte zu prolongieren. Die Reichsbank ist bereit, Erleichterungen zu gewähren, denn sie hat kein Interesse daran, daß es der Landwirtschaft schlecht geht. Der Vertrag einer Ernte reicht nicht aus, um die jetzigen Verpflichtungen der Landwirtschaft abzutragen.

Die Not der Landwirtschaft wird dadurch vergrößert, daß der Getreidepreis unter dem Weltmarktpreis liegt, während die Produktionskosten eher den Durchschnitt des Auslandes übersteigen. Rein theoretisch zahlenmäßig hat die Landwirtschaft in der letzten Ernte die Aufgabe gelöst, den deutschen Getreidebedarf in Deutschland zu decken. Es wäre tragisch, wenn in diesem Augenblick die Landwirtschaft zur extremsten Wirtschaftsweise übergehen würde. Es muß sehr bedauert werden, wenn einzelne Kreis-Landbünde Beschlüsse veröffentlichen haben, wonach in diesem Wirtschaftsjahr kein Kunstdünger verwendet werden soll. Solche Beschlüsse stehen nicht im Interesse der Landwirtschaft.

Wenn die Reichsgetreidepreise wieder neu aufgegeben werden sollte, so wird sie nicht als Instrument zur Preissteigerung dienen. Eine mäßige Steigerung des Getreidepreises braucht nicht zu einer Preissteigerung zu führen. Die jetzige Spanne zwischen Getreide- und Brotpreis ist zu groß.

Die in der denkschriftlichen Interpellation geforderte Schaffung von mündelbaren ersten Sätzen im Grundbuch ist wegen des von den Denkschriftlichen mit beschlossenen Hypothekenaufwertungsgesetzes kaum möglich. Das Reichsfinanzministerium hat bereits alle verfügbaren Mittel der Wirtschaft in kurzfristigen Krediten überwiesen. Langfristige Kredite können aus dieser Quelle nicht gewährt werden. Mit Krediten allein kann der deutschen Wirtschaft nicht geholfen werden.

Eine nachhaltige Besserung der landwirtschaftlichen Lage ist in nächster Zeit nicht zu erwarten. Die jetzige Wirtschaftskrise wird noch lange anhalten. Die Regierung wird alles tun, was an Hilfsmöglichkeiten möglich ist, aber auf die Regierung allein darf sich die Wirtschaft nicht verlassen. Kein Kreditinstitut hat ein Interesse an Zwangsversteigerungen in der Landwirtschaft. Vor der Fälligkeit einer solchen Versteigerung muß gewarnt werden. Aber andererseits darf man

aus in der Landwirtschaft nicht schwarz in schwarz malen. pessimismus ist in dieser Frage geradezu ein vaterländisches Verbrechen. Ich bin überzeugt, daß die Landwirtschaft mit einem klaren Auge auch über die jetzige Krise hinwegkommt. Die deutsche Wirtschaft ist eine Notgemeinschaft. Ein einzelner Berufsstand wird nicht blühen, wenn die anderen am Boden liegen. Kein Berufsstand hat das Recht früher saniert zu werden als die anderen. Es werden alle saniert werden, oder alle untergehen. Wenn wir uns darüber klar werden, dann wird auch die Besserung nicht ausbleiben, die ich persönlich in greifbarer Nähe vor mir sehe. (Beifall.) Darauf werden die Beratungen abgebrochen.

Donnerstag 2 Uhr: Weiterberatung.
Schluß 14 Uhr.

Fraktionsitzungen.

Abg. Berlin. Nach der Plenarsitzung des Reichstages am Mittwoch traten die Fraktionen der Sozialdemokraten, des Zentrum, der Deutschnationalen, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei zu Sitzungen zusammen. In der Sitzung der Zentrum-Fraktion berichteten die Abg. Marx und Heubach über die Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses, der sich auf Veranlassung der Abg. Koch (Dem.) und Heubach (Zentr.) mit der Frage der Möglichkeit der großen Koalition beschäftigt hatte. Die Fraktion nahm die Berichte entgegen ohne einen Beschluß zu fassen. — Der Abg. Eber gab dann einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen des Sozialpolitischen Ausschusses zur Erwerbslosenfrage. Der Ausschuss wird in seiner Sitzung am Donnerstag die Entscheidung über die vorliegenden Anträge auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung treffen. Auch die Reichstagsfraktionen der Demokraten und der Deutschnationalen behandelten die Erwerbslosenfrage, die nach ihrer Erledigung im Sozialpolitischen Ausschuss möglichst bald in einer Vollversammlung des Reichstages besprochen werden soll.

Deutsch-russischer Vertrag.

Abg. Berlin. Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages, der am Mittwoch unter dem Vorsitz des Abg. Gerat (Dnat.) tagte, bildete der deutsch-russische Handelsvertrag den Gegenstand der Tagesordnung. Einleitend ging Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann auf die Reichstagsdebatte gesondert der ersten Lesung ein und betonte dabei die besonderen politischen Gesichtspunkte, die zum Abschluß des Vertrages geführt hätten. In der sich anschließenden Aussprache nahmen das Wort die Abg. von Freytag-Loringhoven (Dnat.), Dr. Hilferding (Soz.), Daub (Dsp.), Stöcker (Komm.), Dr. Haas (Dem.) und Ras (Str.). Nach Abschluß der Diskussion wurde der Handelsvertrag an den Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages weitergeleitet.

Grundstückserwerb zum Erweiterungsbau des Reichstages.

Der Reichstag hat dem Beschluß des Reichstages zugestimmt, wonach in den Etat für 1925 eine Position von 1 Million 420 Tausend Mark zum Erwerb eines Grundstückes für einen Erweiterungsbau des Reichstages aufgenommen werden soll.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates

beschäftigte sich am Mittwoch mit dem von der Reichsregierung zur Begutachtung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Getreidebewegung im Wirtschaftsjahr 1925/26. Die Gesetzesvorlage wurde mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt. Dagegen wurde eine Entschließung angenommen, in der die schwierige Lage der Landwirtschaft anerkannt wird. Die Auffassung darüber, ob das vorliegende Gesetz geeignet ist, die Schwankungen der Getreidepreise auszugleichen, sei aber selbst bei den Mitgliedern aus der Landwirtschaft uneinheitslich.

Die Zusammenfassung des Reichstages.

Die 408 Mitglieder des Reichstages verteilten sich auf die einzelnen Fraktionen in folgender Weise: Die Sozialdemokratische Partei steht an der Spitze mit 131 Mitgliedern, die Deutschnationale Volkspartei zählt 110 Mitglieder, das Zentrum 67, die Deutsche Volkspartei 51, die Kommunistische Partei 45, die Deutsche Demokratische Partei 32, die Wirtschaftspolitische Vereinigung, die in sich die Wirtschaftspartei, den Bayersischen Bauern- und Mittelstandsbund und die Deutsch-Dänische Partei umfaßt, 21, die Bayerische Volkspartei 19, die Volksliche Arbeitsgemeinschaft, die sich aus der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei und der National-Sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zusammensetzt, 11 Mitglieder und einen Gau. Sodann gibt es noch sogenannte Wilde, die bei keiner Fraktion sind. Seit der Eröffnung des Reichstages ist in dem Mitgliederbestande eine Verkleinerung dadurch eingetreten, daß aus der Deutschnationalen Partei der Abg. West als Hospitant zur Völkischen Arbeitsgemeinschaft übergetreten ist und die Abgeordneten Lange-Pegemann und Dr. Wirth aus dem Zentrum ausgetreten sind. Unter den 110 Deutschnationalen werden die Abg. Weisler und Sachs als Hospitanten geführt.

Die Betrauung Dr. Luthers gestiftet.

Berlin. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, steht nunmehr mit Sicherheit fest, daß Reichskanzler Dr. Luthers am Freitag vom Reichspräsidenten den Auftrag zur Neubildung des Reichskabinetts erhalten wird. Von

Selten der bürgerlichen Parteien ist bei den Besprechungen über die Beilegung der Regierungskrise allgemein die Meinung ausgesprochen worden, daß in dem kommenden Reichskabinetts, ganz gleich welche politische Konstellation gegeben sein wird, nur Dr. Luthers für den Kanzlerposten in Frage kommen könne. Inzwischen hat der Reichspräsident den Reichskanzler ernannt, ihn am Donnerstag abend aufzusuchen, um auf Grund der Fraktionsbeschlüsse zur parlamentarischen Situation Stellung zu nehmen.

Noch keine Entscheidung der Sozialdemokraten.

Abg. Berlin. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich in einer Fraktionsitzung, die am Mittwoch bis in die späten Abendstunden hinein andauerte, mit der Regierungskrise. Im Anschluß an einen Bericht des Vorsitzenden der Fraktion, Abg. Müller-Franken, entwickelte sich eine lebhafte Aussprache. Nach vierstündiger Dauer wurde die Weiterberatung auf eine neue Fraktionsitzung vertagt, die am Donnerstag unmittelbar im Anschluß an die Reichstagsplenarsitzung stattfinden soll.

Die Bayerische Volkspartei wartet ab.

In der Fraktionsitzung der Bayerischen Volkspartei des Reichstages erörterte der Vorsitzende, Abg. Leicht, Bericht über die interfraktionellen Besprechungen. Die Fraktion erörterte eingehend die mit der Regierungsbildung zusammenhängenden Fragen, verhielt sich aber zunächst abwartend, um erst die Beschlüsse der übrigen beteiligten Fraktionen kennen zu lernen, sie wird die Voraussetzungen, die sich für die Bayerische Volkspartei an die Bildung der Regierung knüpfen, bei den weiteren entscheidenden interfraktionellen Besprechungen gestand machen.

Zur Finanzlage des Reiches.

Berlin. In der getrigen Sitzung des Haushaltsausschusses gab der Vertreter des Reichsfinanzministeriums an der Hand reichen Zahlenmaterials einen Überblick über die Finanzlage des Reiches. Auf Grund der Erfahrungen der letzten Monate ist das Steuerreformgesetz für 1925 neu gefaßt; hiernach werden Länder und Gemeinden rund 325, das Reich rund 100 Millionen Mark mehr gegenüber dem Haushalt-Zoll erhalten. Dieses Mehrertrömmen bedeutet keine Heberschneidung, da die Länder mit einem höheren Aufkommen aus der Einkommensteuer gerechnet haben und das Reich den Mehrertrag braucht, um seinen Etat überhaupt ausgleichen zu können.

Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums teilte mit, daß das Etatsjahr 1926 mit rund 90 Millionen Mark Reparationszahlungen mehr belastet sei als 1925 und daher der Etat nur durch äußerste Beschränkung der Ausgaben ausgeglichen werden könne, und läßt einen Ausblick auf die Jahre 1927 bis 1929 an, in denen die Reparationslasten weiter stark zunehmen, ohne daß schon jetzt gesagt werden könnte, durch welche Einsparungsmaßnahmen der Ausgabenentwurf der Ausgleich sich finden läßt.

Zur Beurteilung der von den Parteien zur Beamtensoldatenfrage gestellten Anträge wird darauf hingewiesen, daß die Gesamtkosten für den Antrag Müller-Franken und Genossen insgesamt 673,3 Millionen Reichsmark jährlich betragen. Die Kosten der von der deutschnationalen und kommunistischen Partei gestellten Anträge würden die genannten Beträge noch erheblich übersteigen.

Der Gesamtsoldatenaufwand an Grundgehältern, Wohnungsgeldzuschuß, Frauengeldzuschuß, Rinderzuschlägen und örtlichen Sonderzuschlägen für das Reich beträgt nach dem heutigen Stande rund 3,4 Milliarden Reichsmark jährlich.

Fast sämtliche Länder haben auf Anfrage über die Durchführbarkeit der von den Reichstagsparteien gestellten Anträge erklärt, daß ihnen und den Gemeinden Mittel für Besoldungssteigerungen nicht zur Verfügung kämen, daß vielmehr, falls eine Gehaltserhöhung beschloffen würde, sie die dafür erforderlichen Mittel vom Reich überwiegen erhalten müßten.

Bereits über 1 Million Mark für die Zeppelin-Gäner-Spende.

Berlin. Gestern fand eine Sitzung des Vorstandes des Kuratoriums der Zeppelin-Gäner-Spende des deutschen Volkes unter Vorsitz Dr. Gäner statt, an der Staatsminister a. D. Dr. Schmidt-Ditt; Ministerpräsident a. D. Siegelwald; Dr. Solmßen, Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft Graf von Brandenstein-Zeppelin und die Geschäftsführung teilnahmen. Es wurde festgestellt, daß das bisherige Ergebnis der Sammlung durchaus befriedigend, da es für den verhältnismäßig kleinen Teil des deutschen Reiches, der das bisherige Ergebnis der Sammlung gemeldet hat, bereits weit über 1 Million Mark beträgt. Es darf daher mit Bestimmtheit damit gerechnet werden, daß das Ziel der Sammlung erreicht wird, wenn in den übrigen Landesteilen das Ergebnis der Sammlung ähnlich ausfällt. Auf Grund der vorliegenden, von sachverständigen Stellen erstatteten Revisionsberichte wurde einstimmig die Geschäftsführung und der organisatorische Aufbau als gut und zweckmäßig anerkannt und der Beitrag der Spende unterstützender Dank ausgesprochen.